



PERSONALPOLITIK

Altersstrukturproblem der Polizei Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Von Josef Schneider, Landesvorsitzender

Seit Jahr und Tag ist unser Altersstrukturproblem bekannt. Niemand war bisher in der Lage, eine Lösung des Problems in die Wege zu leiten. Dann keimte Hoffnung auf. Die Entwicklung der Steuereinnahmen und die jüngsten Steuerschätzungen prognostizieren eine deutliche Entspannung der Haushaltssituation. Innenminister Rech erklärte zu Beginn seiner Rede bei der 25. GdP-Tagung für Verbrechensbekämpfung im Juni in Sindelfingen in der gebotenen Vorsicht: „Wir sind jetzt in einer Situation, wo ich glaube, dass wir in der Tat die dringenden Probleme, die sie angesprochen haben, lösen können, lösen müssen und ich bin zuversichtlich auch lösen werden.“

Seine danach folgenden Äußerungen machten deutlich, dass er sehr wohl das Problem der Polizei erkannt hat und auch mit ganzem Einsatz um Lösungen kämpft. Dafür gebührt im unser Dank. Den verbinden wir allerdings

mit der Hoffnung, dass er in naher Zukunft auch einen Erfolg vorweisen kann. Konkrete Zusagen für mehr Ausbildungsstellen für die Polizei wollte und konnte er in Sindelfingen nicht machen! Die Rede insgesamt erzeugte bei den Zuhörern der Polizei –

sicher auch bei einigen anwesenden Damen und Herren aus der Polizeiführung – eine Stimmung, gewisse Entscheidungen stünden quasi vor der Tür. Bis zum Redaktionsschluss hat uns unser Gefühl aber getäuscht.



Josef Schneider

Geplatze Seifenblasen!

Einige von uns, ich auch, hatten nach Sindelfingen erwartet, dass sich Ministerpräsident Oettinger die Gelegenheit anlässlich seines Treffens mit dem Führungspersonal der Polizei wenige Tage später nicht entgehen lassen würde, um einen konkreten Plan der Landesregierung zu verkünden. Diese heimlichen Hoffnungen platzten nach dem „Hörensagen“ allerdings wie „Seifenblasen“.

Lobbyarbeit

Natürlich wissen wir, dass politische Entscheidungen, vor allem wenn sie Geld kosten, oft in komplizierten Abstimmungsgesprächen „auf den Weg gebracht

Fortsetzung auf Seite 2

Sehr geehrter Herr Innenminister,

Ich gehe in ___ Jahren in Pension. Da ich mit Leib und Seele Polizist bin, mache ich mir Gedanken, wer meine Arbeit übernehmen soll.

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die Einstellungszahlen und die entsprechenden Abgänge ersichtlich.

WO SOLL DER NACHWUCHS HERKOMMEN? *

Jahr	Einstellungen	Abgänge*
2004	152	474
2005	200	542
2006	250	654
2007	286	722

*vorhersehbare Regelpension plus 3 Jahre Ausbildung plus 3 Jahre Verweildauer BePo

Es wird aus meiner Sicht mehr als höchste Eisenbahn, dass sich ein Wandel bei den Einstellungszahlen einstellt. Alles was später als im Spätjahr 2007 zu Buche schlägt, verschlimmert das vorhandene Defizit seit 2004 um ein Vielfaches!



Postkartenaktion der Gewerkschaft der Polizei in Baden-Württemberg.

Fortsetzung von Seite 1

werden“. Natürlich akzeptieren wir auch das Ziel unserer Landesregierung, möglichst bald einen Haushalt ohne neue Schulden hinzubekommen. Gerade deshalb stellen wir – im Gegensatz zu anderen Lobbyisten – auch keine zusätzlichen Gehaltsforderungen, obwohl diese natürlich berechtigt wären und in unseren zukünftigen Forderungen auch erkennbar werden müssen! Deshalb wissen wir auch, dass es keine Optimallösung für unser Problem geben wird.

Bundeswehr ist keine Hilfspolizei!

Was wir aber auf gar keinen Fall akzeptieren wollen, ist die gerade geführte Diskussion, die

Bundeswehr im Innern einzusetzen. Die Bundesjustizministerin hat unsere Sicht auf den Punkt gebracht, als sie der Frankfurter Rundschau sagte: „Die Bundeswehr ist keine Hilfspolizei und soll es auch nicht werden. Wir haben eine gut ausgebildete, funktionierende Polizei. Wenn es – wie beklagt – da und dort am Personal fehlt, dann muss die Lösung sein, mehr Polizisten einzustellen und

bestmöglich auszustatten und nicht die Lücken durch Soldaten zu stopfen, die für Polizeieinsätze gar nicht ausgebildet sind.“

Postkartenaktion

Inzwischen haben wir eine neue Runde in unserer Kampagne für mehr Ausbildungsstellen bei der Polizei eingeläutet. Jetzt hoffen wir, dass der Innenminis-

ter zur Stärkung seines Einsatzes für unsere gemeinsame Sache ganz viele Postkarten aus den Reihen der Polizei bekommen wird. Falls er die gar nicht mehr braucht – umso besser!

Sollten wir bis zum Ferienbeginn keine akzeptable Lösung auf dem Tisch haben, dann werden wir unsere Sorgen um die Zukunft der Polizei in die Bevölkerung unseres Landes hineintragen. *josch*

BUCHVORSTELLUNG

Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte

Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte, die neunte Auflage des Taschenbuches liegt nun vor und kann zum Vorzugspreis für Mitglieder der GdP bestellt werden.

Die Föderalismusreform ist beschlossen, das Beamtenrecht in Bewegung. Bund und Länder regeln künftig Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht ihrer Beschäftigten in eigener Zuständigkeit. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich das öffentliche Dienstrecht in Bund und Ländern stark auseinander entwickeln wird. Da ist es gut, immer auf dem Laufenden zu sein.

Die 9., überarbeitete Auflage des Taschenbuches „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“ informiert – übersichtlich gegliedert und verständlich geschrieben – über die neuen Entwicklungen. Das Buch bietet auf

308 Seiten Informationen, Praxisbeispiele, Zahlen, Synopsen und Besoldungstabellen.

GdP-Mitglieder erhalten das Buch zu einem Vorzugspreis von 5,00 Euro zzgl. 2,50 Euro Versandpauschale. Nichtmitglieder zahlen 7,50 Euro zzgl. Versandpauschale.

Bestellungen:
Per Post:
INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/
Beamte, Höherweg
270, 40231 Düsseldorf,
telefonisch:
01 80/5 83 52 26, per
Fax: 01 80/5 32 92 26,
E-Mail: infoservice@beamten-informationen.de oder im
Internet: www.beamten-informationen.de



Wosch

Anzeige



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (V.i.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Würt-

temberg im September 2007 ist Freitag, der 10. August 2007, und für die Oktober-Ausgabe 2007, Freitag, der 7. September 2007.

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Zt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.
Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)
o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)
Meldet euch!

TAGUNG

Internetkriminalität – Eine Herausforderung für die Polizei

25. Tagung für Verbrechensbekämpfung der Gewerkschaft der Polizei in Sindelfingen

„Das Internet darf sich nicht zum quasi rechtsfreien Raum entwickeln“, so Innenminister Heribert Rech in Sindelfingen. Nach einjähriger Pause konnte die Gewerkschaft der Polizei am Mittwoch, dem 20. Juni 2007 in der Stadthalle in Sindelfingen eine stattliche Anzahl von Polizei-beamtinnen und -beamten, sowie vielen Gästen aus der Politik, Justiz, Kommunen und anderen Verbänden zur 25. Tagung für Verbrechensbekämpfung begrüßen. In drei Referaten am Morgen und der anschließenden Podiumsdiskussion am Nachmittag wurde u. a. den Fragen nachgegangen, ob die Polizei des Landes dieser Herausforderung gewachsen ist und ob sie über die notwendigen personellen und technischen Mittel verfügt, sich dieser Herausforderung zu stellen.

In seiner Einleitung machte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider deutlich, dass wir zur effektiven Bekämpfung und auch für die Prävention der Kriminalität im Internet mehr Personal, umfangreiche Fortbildung zur notwendigen Qualifizierung der Polizeibeamtinnen und -beamten und eine ausreichende technische Ausstattung benötigen.

Die Bekämpfung der Internetkriminalität ist eine Aufgabe für die gesamte Polizei. Wir brauchen aber auch Spezialisten. Problematisch ist das Internet als Tatort für die Polizei auch deshalb, weil dort die Täter relativ anonym auftreten können und weil die Sicherung und Auswertung der digitalen Daten ein

hohes Maß an Fachwissen und die entsprechend technische Ausstattung erfordere.

Schneider führte aus, dass das Land bereits 100 Spezialisten für die Sicherung und Verfolgung digitaler Spuren ausgebildet hat. Diese reichen aber nicht aus, um die oft sehr zeitintensiven Beweissicherungsmaßnahmen zeitgerecht und vollständig zu garantieren. Es gibt kaum mehr eine Wohnungsdurchsuchung, so Schneider, bei der die durchsuchenden Beamten nicht auf einen Computer oder ein Computernetzwerk stoßen. Schneider prangerte auch die Arbeitsbedingungen der Polizei in Baden-Württemberg an. Er meinte, dass es höchste Zeit wird, dass alle Polizeireviere und Polizei-

posten mit einem Internetzugang ausgestattet werden.

Trendwende

Innenminister Heribert Rech sprach, bevor er zum Tagungsthema kam, über den Altersaufbau der baden-württembergischen Polizei.

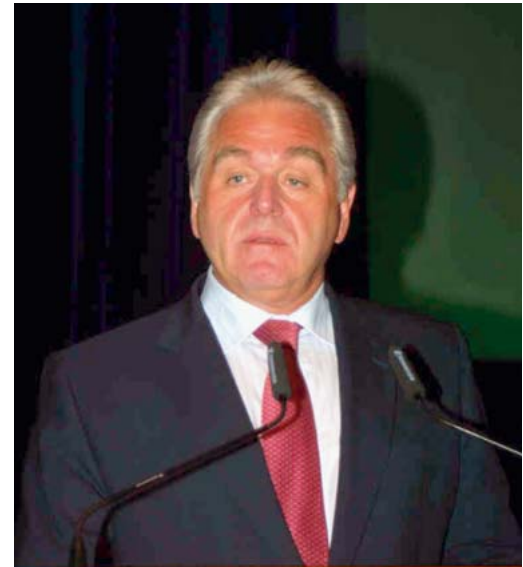
Es sei wahr, dass der Altersdurchschnitt der Polizei in BW von jetzt 42 Jahren auf 45 Jahre bis 2015 anwachsen werde. Hier will der Minister gegensteuern. Optimal wäre eine Einstellungsquote von 800 Stellen pro Jahr, dies sei aber utopisch. Er, Rech, habe immer gesagt, dass BW eine hervorragend arbeitende Polizei mit einer denkbar dünnen Personaldecke habe.

In den Jahren 2007 bis 2015 werden zwischen 550 und 600 neue Polizisten bei den Bereitschaftspolizeien eingestellt, führte der Minister aus.

Im Nachfolgenden veröffentlichen wir Auszüge aus der Rede des Innenministers!

Internet kein rechtsfreier Raum

„Die Bekämpfung der Internetkriminalität hat für Baden-Württemberg hohe Priorität. Es ist deshalb auch ein Schwerpunkt in den Koalitionsvereinbarungen. Wir wollen nicht, dass sich das Internet weiter zu einem quasi rechtsfreien Raum entwickelt“, sagte der Minister



Innenminister Heribert Rech bei seinem Referat

zu den Teilnehmern der Tagung. Das Internet bietet ungeahnte Möglichkeiten und hat die Ge-



Josef Schneider in Sindelfingen

sellschaft stark verändert. Immer mehr Menschen entdecken die Vorzüge, aber mit dieser positiven Entwicklung sind leider auch die Nachteile und Gefahren dramatisch gestiegen, die das Internet mit sich bringt. Das Internet ist ein moderner Tatort.

Fortsetzung auf Seite 4



Aufmerksame Zuhörer

Fortsetzung von Seite 3

Internetkriminalität ist eine zentrale Aufgabe für die Polizei, dies sei auch durch die steigenden Zahlen in der Kriminalstatistik belegt, so Rech.

Bei Islamisten gelte das Internet als „schwarzes Brett“ für den Bau von Sprengköpfen, Molotowcocktails und ähnlichem.

Kriminalstatistik

Die Computerkriminalität hat sich in Baden-Württemberg im Zehnjahresvergleich seit 1997 von 4762 erfassten Fällen um etwa 44 Prozent auf 6833 Fälle im Jahr 2006 gesteigert.

Ein Zehnjahresvergleich kann bei der Internetkriminalität nicht angestellt werden, da die polizeiliche Kriminalstatistik die Internetkriminalität erst seit dem Jahr 2005 ausweist. Aber auch ein kurzfristiger Vergleich zeigt die Dynamik der aktuellen Entwicklung auf. Im Jahr 2006 haben wir in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung um ca. 9 Prozent auf rund 15 400 Fälle registriert. Wir können und müssen davon ausgehen, dass die Kriminalität im Internet zukünftig noch sehr stark ansteigen wird. Nicht zu vergessen ist dabei, dass die Kriminalstatistik lediglich das Hellfeld abbildet und uns in einigen Bereichen nur „die Spitze des Eisbergs“ sichtbar wird.



Links der Landesvorsitzende der GdP Josef Schneider, daneben LKD Hartmut Grasmück und Ltd. KD Alfred Oswald, die maßgeblich zum Gelingen dieser Tagung beigetragen haben.

Internet für Kriminelle attraktiv!

Das Internet vermittelt Kriminellen eine scheinbare Sicherheit. Sie können sich unter fremdem Namen anmelden, haben eine gewisse Distanz zu den konkreten Handlungsabläufen bei Verwirklichung der Straftaten und verlieren damit die Hemmschwelle schneller als dies im realen Leben der Fall wäre. Sie haben keinen unmittelbaren Kontakt zum Opfer. Dies erleichtert die Ausführung einer Straftat erheblich. Menschliche Gefühlsregungen



Der Landesdatenschutzbeauftragte Peter Zimmermann spricht zu den Tagungsteilnehmern.

wie Mitgefühl oder Mitleid sind von vornherein ausgeschlossen. Hinzu kommt eine große Sorglosigkeit vieler Nutzer, vornehmlich bei Betrugsdelikten, die den Tätern das Vorgehen



Der Innenminister Heribert Rech und der Landesdatenschutzbeauftragte Peter Zimmermann

sehr erleichtert und zum Erfolg verhilft.

Kontoverbindungsdaten

So werden im Internet ohne Bedenken die Kontoverbindungsdaten preisgegeben oder auf der Suche nach einem besonders preisgünstigen Angebot wird die notwendige Sorgfalt außer Acht gelassen.

Jugendschutz

Sorglosigkeit spielt auch in anderen Bereichen eine große Rolle, beispielsweise beim Thema Jugendschutz. Es ist erschreckend, dass ein Großteil der Eltern nicht weiß, womit sich ihre Kinder im Internet beschäftigen oder in welchen Chat-Rooms sie sich bewegen.

Anonymität

Dagegen wissen es aber die Kriminellen umso besser. Sexualläter nutzen gezielt den Schutz der Anonymität im Internet, um mit Kindern und Jugendlichen in Kontakt zu treten. Die Delikte reichen dabei von sexuellen Beleidigungen bis hin zu Kontaktabbahnungen, mit dem Ziel, sexuelle Handlungen vorzunehmen.

Eng mit der Sorglosigkeit der Nutzer verbunden bietet das In-

ternet eine günstige Tatgelegenheitsstruktur, das heißt, auf der einen Seite machen es die Opfer den Tätern häufig leicht und auf der anderen Seite bietet das Internet viele Nischen, die kriminelles Handeln überhaupt möglich machen.

Deshalb müssen wir mit Nachdruck gegen kinderpornografische Inhalte im Internet vorgehen, um ein eindeutiges Signal zu setzen. Entsprechende Seiten müssen gesperrt und die Strafverfolgungsbehörden so früh wie möglich eingeschaltet werden.

Kampf gegen Kinderpornografie ist praktizierter Opferschutz. Die Bekämpfung muss durch qualifizierte und erfahrene Ermittler erfolgen. Dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass gerade die Verbreitung von kinderpornografischem Material höchst professionell und kommerziell von international organisierten kriminellen Netzwerken betrieben wird. Schätzungen der UNO zufolge setzen Verbrecherringe mit Kinderprostitution und Kinderpornografie weltweit jedes Jahr rund fünf Milliarden US-Dollar um. Die sexuelle Ausbeutung von Kindern ist damit ähnlich lukrativ wie der Waffen- und Drogenhandel. Die effektive Bekämpfung dieses opferträchtigen Deliktsbereiches wird für unsere polizeiliche Arbeit in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt bilden. Sie bedarf

TAGUNG

einer konsequenten Umsetzung unserer Doppelstrategie aus Repression und Prävention.

Neue Herausforderungen für die Polizei

Mit den neuen Massenmedien und der globalen Vernetzung der Kommunikation wird auch die Polizei des Landes mit bislang nicht da gewesenen Problemstellungen und Herausforderungen konfrontiert.

- **Drei von vier Haushalten sind mit einem PC ausgestattet.**
- **Die Polizei wird fast bei jeder Maßnahme mit Computerdaten konfrontiert.**
- **Große Datenmengen sind zu sichten und auszuwerten.**

Fand Kommunikation früher ausschließlich über das Telefon-



Ein Zaungast?

netz statt, so gibt es heute zahlreiche Möglichkeiten, sich per Handy, E-Mail, Internettelefonie oder in Chat-Rooms auszutauschen. Bei einer Nutzung des Internets von etwa 32,2 Millionen Deutschen wird deutlich, in welchen Dimensionen sich die Datenmengen bewegen.

Maßnahmen und Strategien der Polizei

Wir erstellen derzeit ein umfangreiches Konzept zur Intensivierung der Bekämpfung der Computer- und Internetkriminalität.

Mit diesem Konzept verfolgen wir mehrere Ziele. So muss

die Sicherung von digitalen Spuren den forensischen Ansprüchen genügen. Die virtuellen Streifen im Internet sollen verdoppelt werden. Ein weiteres Ziel ist die Professionalisierung der Polizei, um dem Bürger bei der Anzeigenaufnahme auch in diesem Bereich ein kompetenter Ansprechpartner zu sein. Der Schwerpunkt der Bekämpfungsstrategie liegt im Bereich der Kinderpornografie.

Virtuelle Streifen im Internet

Zweifelsohne ist die Internetkriminalität zu einem ganz wesentlichen Teil so genannte „Holkriminalität“, das heißt sie geschieht im Verborgenen und muss daher aktiv aufgespürt werden. Das heißt, dass sich auch die polizeiliche Präsenz in das Internet verlagern muss. Die virtuelle Streife im Internet ist künftig genau so notwendig und auch genau so normal wie die bisherige Streife im Stadtgebiet oder im Stadtpark.

Als eines der ersten Bundesländer führen wir daher in Baden-Württemberg seit Jahresbeginn 2005 beim Landeskriminalamt virtuelle Streifen im Internet durch. Den Schwerpunkt der Recherche bildete zu Beginn der Einrichtung die Fahndung nach kinderpornografischem Material in einschlägigen Tauschbörsen.

Die Zahlen belegen den Erfolg dieses Konzepts. Im Jahr 2005 konnten in drei Schwerpunkttaktionen Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 1140 Beschuldigte (davon rund ein Viertel aus Deutschland) geführt und im Jahr 2006 in zwei weiteren Schwerpunkttaktionen

Verfahren gegen knapp 3000 Beschuldigte (davon ein Drittel aus Deutschland) eingeleitet werden.

Um der Internetkriminalität angemessen zu begegnen, muss die Recherchearbeit weiter ausgebaut und professionalisiert werden – auch vor dem Hintergrund aktueller Geschehnisse wie beispielsweise die Amokdrohung an einer Schule in Baden-Württemberg.

Auf Bundesebene besteht Einigkeit darüber, dass die Internetrecherchen durch die Polizei nur mit einem länderübergreifenden Ansatz und arbeitsteiligem Vorgehen sinnvoll zu intensivieren sind. Dies erfordert einen ständigen Informationsfluss, die gezielte Koordination und genaue Absprachen zwischen den beteiligten Behörden. Noch beteiligen sich nicht alle Länder an diesem bundesweiten Ansatz.

Qualifizierung von Polizeibeamten

Eine wichtige Säule der Konzeption ist eine breit angelegte



Prof. Dr. Günter Müller vom Institut für Informatik und Gesellschaft Freiburg

Qualifizierung von Polizeibeamten. Bürgerinnen und Bürger sollen sowohl bei Fragen und Problemstellungen als auch bei

der Mitteilung von verdächtigen Sachverhalten bzw. bei der Erstattung von Anzeigen jederzeit auf fachkundige Polizeibeamte treffen. Für eine qualifizierte Anzeigenaufnahme benötigen die Beamten Grundlagenwissen bezüglich des Internets sowie der Straftatenbegehung unter Nutzung der EDV-Technik. Dies gilt ebenso für die Beamten, die die Delikte bearbeiten.

Sachbearbeiter für IT-Beweissicherung

Ein besonders wichtiger und damit zentraler Punkt ist, dass die Polizei digitale Spuren und Beweismittel findet und auch lesen und auswerten kann. Zu diesem Zweck haben wir in Baden-Württemberg bereits über 100 speziell fortgebildete Spezialisten im Einsatz. Diese so genannten DV-Unterstützer im Ermittlungsverfahren sind besonders geschult in Themenbereichen wie beispielsweise Sicherungs- und Analysesoftware, Kryptierung, Netzwerkforensik und IuK-Recht. Wir werden die Anzahl dieser Spezialisten deutlich erhöhen müssen, um die momentan langen Bearbeitungszeiten zu reduzieren und die immer weiter steigenden Anforderungen zu bewältigen.

Kompetenzzentrum Internetkriminalität

Bereits jetzt nimmt das Landeskriminalamt verschiedene Aufgaben im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion wahr, um die Computer- und Internetkriminalität zu bekämpfen. Diese Service- und Unterstützungsfunktion sowohl für die örtlichen Dienststellen als auch für die Bürgerinnen und Bürger muss noch weiter ausgebaut werden, so dass wir beim Landeskriminalamt über ein leistungsfähiges und professionelles Kompetenzzentrum Internetkriminalität verfügen.

In diesem Zentrum wollen wir an einer Stelle die gesamte

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Bandbreite des notwendigen Expertenwissens bündeln und aktuell vorhalten.

Personelle Auswirkungen

Um unsere Bekämpfungskonzeption zu verwirklichen, sind angesichts der enormen Herausforderungen Konsequenzen im personellen Bereich unabdingbar. Nachhaltige Wirkung werden wir vor dem Hintergrund anderer wichtiger Aufgabenstellungen – ich nenne hier nur die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus – kaum durch Personalverlagerungen erzielen können. Ich werde deshalb als Innenminister dafür eintreten, dass die Polizei zu Gunsten einer intensivierten Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität in einem gewissen Umfang von den beschlossenen Stellenstreichungen entlastet wird.

Technische Ausstattung

Um Internetkriminalität effektiv zu bekämpfen, müssen die Arbeitsplätze der Polizeibeamten, die mit dieser Kriminalitätsform betraut sind, mit der notwendigen Hard- und Software ausgestattet werden. Dies ist derzeit in Baden-Württemberg noch nicht überall der Fall. Die Anpassung der technischen Voraussetzungen, verbunden mit der Qualifizierung unseres Personals, bildet die Grundvoraussetzung für eine intensivere Bekämpfung von Internetkriminalität.

Soweit die Auszüge aus der Rede des Innenministers.

Anmerkung der Redaktion: Die vollständige Rede liegt der Redaktion vor und kann abgerufen werden.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Zimmermann, führte aus, dass die Sicherheitspolitik im Zeitalter des Internets auch für den Datenschutz eine gewaltige Herausforderung darstellt. Das Internet ist zum zentralen Nervensystem

einer globalisierten Informations- und Wissensgesellschaft geworden und hat eine immense wirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Die Kehrseite der Medaille

Wer auf der politischen Ebene eine hohe Medienkompetenz der Bevölkerung einfordert und zum Bestandteil der Lehrpläne macht, darf sich nicht wundern, wenn insbesondere Jugendliche virtuos mit den Medien umgehen und sich dabei nicht nur Belanglosigkeiten anschauen.

- **80 Prozent der 30 Milliarden täglich verschickten E-Mails sind sog. Spams.**
- **Erhebliche volkswirtschaftliche Schäden entstehen durch sog. Computerwürmer.**

Aktuelle sicherheitspolitische Vorschläge – Online-Durchsuchungen

Der Bundesinnenminister hat wiederholt die Absicht geäußert, zur Abwehr terroristischer Gefahren und zur Aufklärung schwerer Verbrechen sei es notwendig, heimlich über das Internet in die Rechner von Verdächtigen einzudringen, um dort Anschlagpläne oder anderes Beweismaterial sicherzustellen. Der Erfolg einer solchen Ermittlungsstrategie hängt aber von zahlreichen Faktoren ab.

- **Keine separate Speicherung auf einer externen Festplatte oder USB-Stick.**
- **Technische Voraussetzungen noch nicht vorhanden, z. B. um Festplatten ohne dass es Leistungseinbußen beim Nutzer gibt, zu kopieren.**
- **Unklar ist es wie ein Zugriff auf die Festplatten von Internet-Cafes erfolgen soll.**
- **Wer schutzbedürftige Daten verschlüsselt oder eine wirksame Firewall einsetzt, hat, wie der BKA-Präsident selbst eingeräumt hat, gute Chancen, dass die heimlichen Ausspäherversuche scheitern.**
- **Gerichtsverwertbarkeit – In-**



Blick in den vollbesetzten Saal

tegrität der gewonnenen Daten, bez. Beweismittel.

Was helfen Unmengen an sichergestellten Daten, wenn kein Personal da ist, um diese Datenberge auszuwerten?

Vorratsdatenspeicherung

Man muss sich das wie folgt vorstellen:

Der Staat würde die Deutsche Post AG und ihre Mitbewerber dazu nötigen, aufzuschreiben, wer wann von wem Post bekommt und wann an wen Post versendet, also die Angaben über Absender, Empfänger und Versandzeitpunkt zu erheben und zu speichern, damit die Polizei im Fall der Fälle nachträglich feststellen kann, wer wann mit wem korrespondiert hat. Man muss sich weiter vorstellen, diese Erhebung würde sich nicht nur auf verschlossene Briefumschläge beziehen, sondern auf alle Arten postalische Kommunikation, also auch auf Ansichtskarten, Zeitschriften und Versandhauskataloge. Diese Vorstellung erschien vermutlich den meisten absurd, auch wenn Sicherheitsbehörden mühelos darlegen könnten, dass es zur Aufklärung schwerer Straftaten und zur Abwehr terroristischer Gefahren eventuell zweckdienlich sein könnte, derartige Informationen in die Hand zu bekommen.

Was in einem Fall unsinnig erscheint, passiert im anderen Fall

demnächst, nämlich in Bezug auf die elektronische Kommunikation, also hinsichtlich aller Telefonverbindungsdaten im Festnetz und über das Mobiltelefon – damit auch einschließlich aller SMS-Standortdaten hinsichtlich aller E-Mails und aller anderen Formen der Nutzung des Internets: Bereits zum 1. Januar 2008 soll die heftig umstrittene Verpflichtung der Telekommunikationsanbieter in Kraft treten.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Speicherung von Daten auf Vorrat zu nicht hinreichend bestimmbarer Zwecken verfassungswidrig.

Zur Bewahrung eines Restes von Bürgerrechten erscheint es bei Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung und der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen unverzichtbar, dass die Betroffenen im stärkeren Maß als bisher über Ermittlungen gegen sie unterrichtet werden. Das Recht auf Freiheit darf nicht gegen das Recht auf Sicherheit ausgespielt werden. Zwischen beiden Interessen ist ein fortwährender, angemessener Ausgleich erforderlich. **Wosch**

Anmerkung der Redaktion: Über das Referat von Prof. Müller und der Podiumsdiskussion werden wir in der Septemberausgabe berichten.



Madeira Die Insel, die aus dem Feuer kam....

Termin 06.11.-13.11.2007

Reisepreis pro Person im DZ € 1.080

Einzelzimmerzuschlag € 80,00

1. Tag: Deutschland – Madeira
2. Tag: Funchal (Ganztags)
3. Tag: Das Nonnetal und Monte (fakultativ)
4. Tag: Der Südwesten – Wasserfälle und Schluchten
5. Tag: Die Levadas – das Bewässerungssystem der Insel (fakultativ)
6. Tag: Berge, Land und Leute
7. Tag: zur freien Verfügung (fakultativ Transport nach Funchal und zurück)
8. Tag: Funchal-Deutschland

- Im Reisepreis enthalten:
- ✓ 7 Übernachtungen Hotel Oasis Atlantic ****
 - ✓ Tägliches Buffetfrühstück
 - ✓ Anreise/Abreisetransfer inkl. Assistenz am Flughafen
 - ✓ Deutschsprachige Reiseleitung während der Exkursionen
 - ✓ 7 x Abendessen im Rahmen der Halbpension (Buffet)
 - ✓ 3 Tagestouren lt. Programm
 - ✓ Eintrittsgelder: Weinkellerei, Zuckerrohrfabrik

Bitte fordern Sie unsere detaillierte Reiseausschreibung an. Leider können wir aufgrund des Umfangs den Reiseverlauf nicht ausführlich drucken.



Mehr Türkei erleben

Auf den Spuren der Apostel

8-Tage-Erlebnisreise ab (z.B. 02.12.-09.12.2007)

ab € 333,00

Andere Termine und Preise auf Anfrage

Leistungen:

☉ Rail & Fly

- Charterflüge von Deutschland nach Antalya und zurück in der Economy-Class
- Flughafen und Flugsicherheitsgebühren
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in bequemen landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen
- Kofferservice in den Hotels
- Mahlzeiten wie im Reiseverlauf angegeben
- Eintrittsgelder
- Erlebnisreiseleitung (durchgehend)
- Infopaket mit Reiseliteratur

**GdP-Mitglieder
erhalten 5% Rabatt.**

Bitte fordern Sie unsere detaillierte Reiseausschreibung an.



Bayrischer Wald

Ferienanlage Maximilianshof *** in Vohenstraus/Böhmischbruck

Reisezeitraum: ab sofort bis 30.11.2007 (letzte Abreise)

3 Übernachtungen im Doppelzimmer/Einzelzimmer

ab € 99,00

- ✓ 3-7 Übernachtungen im geräumigen Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, Balkon oder Terrasse
- ✓ EZ = DZ
- ✓ All inklusive lt. Ausschreibung
- ✓ Begrüßungsdrink
- ✓ Hallenbad und Sauna
- ✓ Kinderbetreuung
- ✓ Babyausstattung

**GdP-Mitglieder
erhalten 5% Rabatt.**

Nähere Inforamtionen und Reiseausschreibung bei:



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 . 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de
info@psw-gbr.de

JH KG Mosbach

Neckar-Odenwald-Kreis. Zur äußerst gut besuchten Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Mosbach/Buchen hieß der 1. Vorsitzende Karlheinz Herzog die Anwesenden im „Amtsstüble“ in Mosbach herzlich willkommen. Seinen besonderen Gruß entbot er dem Ehrenvorsitzenden, Karl Becker und dem Ehrenmitglied, Heinz von Felden, den Vertretern im Personalrat, Jutta Speth und Werner Diemer, sowie dem Stv. GdP-Landesvorsitzenden und profunden Referenten des Abends, Rüdiger Seidenspinner und dem Leiter der Polizeidirektion Mosbach, Hans Becker. Auf den guten Besuch und die derzeitige Lage genützt, meinte Herzog: „In Notzeiten werden die Kirchen voll!“ Zum Gedenken an die Verstorbenen erhob man sich von den Plätzen. Dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen: Derzeit habe die Kreisgruppe 134 Mitglieder, was zum Vorjahr eine Erhöhung von fünf Personen bedeute. Herzog ging sodann auf einige Interna der PD

Mosbach ein. 25jähriges Dienstjubiläum durften PHM Bernhard Künkel, PK Rainer Schwab und PHM Werner Hess, 40jähriges Sybille Baier feiern. Auch konnte er einige, leider nur wenige Beförderungen und auch Höhergruppierungen im Angestelltensektor vermelden. Hervorzuheben gilt, dass Jutta Speth zur Kassenprüferin auf Landesebene und in die Tarifkommission der GdP berufen wurde. Jutta Speth zeigte als GdP-Schatzmeisterin detailliert die Bilanzen auf. Zweckgebundene Rücklagen konnten, wenn auch nur minimal, für das laufende Geschäftsjahr erwirtschaftet werden. Neupensionärin, Waltraud Glückstein, machte als Kassenprüferin neben Sybille Baier kund, dass die Kassengeschäfte von Jutta Speth vorbildlich, sauber und korrekt geführt werden.

Dem sehr beliebten, ehemaligen Kripochef, Ernst Ulmer, gratulierte man zu dessen 90. Geburtstag. Er habe, so Pensionärsvertreter Alfred Lieb, einen ungebrochenen Humor und sei geistig voll auf der Höhe.

Nun erfolgte das Highlight



V. l. n. r.: Vorsitzender Karlheinz Herzog, Kassenprüferin Waltraud Glückstein, die Geehrten Klaus Trautmann (40 J.), Ehrenmitglied Heinz von Felden (60 J.), Richard Olbrich (50 J.), Walter Belzner (40 J.) und Ehrenvorsitzender Karl Becker (60 J.) sowie Rüdiger Seidenspinner.

des Abends, der sehr fundierte, weit reichende und sehr impulsiv (Gewerkschaftsherz) vorgebrachte Bericht des Stv. Landesvorsitzenden, Rüdiger Seidenspinner, eingehend auf derzeitige Aktualitäten, gespickt mit polizeispezifischen Themen. Ein Grußwort sprach noch der PD-Leiter, Hans Becker, indem er auf verschiedene Problemstel-

lungen in seiner von ihm geführten Dienststelle einging. Karlheinz Herzog konnte sodann die sehr harmonische Gewerkschaftssitzung schließen, nicht jedoch ohne zuvor Rüdiger Seidenspinner als kleines Dankeschön ein Präsent überreicht zu haben.

KH. Herzog